

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Geheimschutzübereinkommen der WEU vom 28. März 1995

A. Zielsetzung

Die der Westeuropäischen Union (WEU) übertragenen Aufgaben erfordern den Austausch geheimhaltungsbedürftiger Informationen und Unterlagen zwischen den Mitgliedstaaten und den Organen und Einrichtungen der WEU.

Der Austausch geheimhaltungsbedürftiger Informationen (Verschlusssachen) setzt voraus, daß dies auf der Basis einheitlicher Grundsätze und Mindestmaßstäbe für die Sicherheit geschieht, zu deren Einhaltung sich die Vertragsstaaten verpflichten, so daß jeder Vertragsstaat darauf vertrauen kann, daß seine die WEU betreffenden Geheimnisse auch innerhalb der Organisation als Ganzes wirksam geschützt werden.

Aus den Grundsätzen und Mindestmaßstäben für die Sicherheit ergibt sich die Verpflichtung der Vertragsstaaten, alle ihre Staatsangehörigen einer Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen, die in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit Zugang zu Verschlusssachen des Geheimhaltungsgrades VS-VERTRAULICH und höher benötigen. Dies schließt auch die Pflicht der Bundesrepublik Deutschland ein, Beschäftigte deutscher Nationalität bei WEU-Organen und -Einrichtungen, die Zugang zu WEU-Informationen des Geheimhaltungsgrades WEU CONFIDENTIAL und höher erhalten sollen, auf Antrag des WEU-Organs einer entsprechenden Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen. Die Sicherheitsüberprüfung deutscher Staatsbürger für die WEU wird nach den Vorschriften des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes – SÜG vom 20. April 1994 (BGBl. I S. 867) durchgeführt.

B. Lösung

Die Berücksichtigung einheitlicher Grundsätze und Mindestmaßstäbe für die Sicherheit innerhalb der WEU wird mit dem Übereinkommen verbindlich. Die Bundesrepublik Deutschland wendet diese Grundsätze sowohl innerstaatlich als auch im NATO-Rahmen an.

Sicherheitsüberprüfungen stellen ihrer Natur nach einen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung dar. Rechtsstaatliche

Grundsätze gebieten es daher, neben den Grundsätzen und Mindestmaßstäben der Sicherheit auch diese völkerrechtliche Verpflichtung in innerstaatliches Recht umzusetzen. Das am 28. März 1995 unterzeichnete Geheimschutzübereinkommen der WEU trifft die erforderlichen Regelungen.

Mit dem vorgelegten Vertragsgesetz soll das Übereinkommen die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes erhalten.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Durch die Ausführung des Vertragsgesetzes entstehen keine zusätzlichen Kosten für die öffentlichen Haushalte.

Auswirkungen auf Einzelpreise sowie das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (122) – 061 00 – Ge 36/96

Bonn, den 19. Juli 1996

An die
Präsidentin des
Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Geheimschutzübereinkommen der WEU vom 28. März 1995 mit Begründung (Anlage 1) und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium des Innern.

Der Bundesrat hat in seiner 696. Sitzung am 3. Mai 1996 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf, wie aus Anlage 2 ersichtlich, Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der als Anlage 3 beigefügten Gegenäußerung dargelegt.

Dr. Helmut Kohl

Entwurf
Gesetz
zu dem Geheimchutzübereinkommen
der WEU vom 28. März 1995

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Brüssel am 28. März 1995 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Geheimchutzübereinkommen der WEU wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 8 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf das Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 8 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Durch die Ausführung des Vertragsgesetzes entstehen keine zusätzlichen Kosten für die öffentlichen Haushalte.

Auswirkungen auf Einzelpreise sowie das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da das Übereinkommen den Schutz ausgetauschter Verschlüsselsachen auf der Basis bereits bestehender Geheimschutzverfahren garantiert.

Geheimschutzübereinkommen der WEU

WEU Security Agreement

Accord de Sécurité de l'UEO

(Übersetzung)

The High Contracting Parties, hereafter referred to as "the Parties", to the Treaty of Economic, Social and Cultural Collaboration and Collective Self-Defence, signed at Brussels on March 17, 1948, as modified and completed by the Protocol signed at Paris on October 23, 1954, and by the other Protocols and Annexes forming an integral part thereof, hereinafter referred to as "the Treaty";

Considering the decisions taken by the High Contracting Parties to the Treaty establishing the European Union regarding the implementation of a Common Foreign and Security Policy and the Declaration on the Western European Union thereon;

Affirming that effective political consultations, technical and industrial collaboration, cooperation and operational planning within the framework of humanitarian and peace-keeping tasks as well as operations for the purpose of crisis management serve the purpose of achieving the objectives of the Treaty and the aforementioned Declaration;

Recognizing that the activities aimed at achieving these objectives require the exchange of classified information and related material among the Parties;

Recognizing the need for a revision of the resolution concerning security within Western European Union adopted by the Council of the Western European Union in WEU document C(90)53 dated 21 May 1990;

Acting on their behalf and on behalf of Western European Union;

Have agreed as follows:

Article 1

The Parties shall:

- 1) protect and safeguard the classified information and material of the other Parties;

Les Hautes Parties Contractantes, ci-après désignées «les Parties», au Traité de collaboration en matière économique, sociale et culturelle et de légitime défense collective, signé à Bruxelles le 17 mars 1948 puis modifié et complété par le Protocole signé à Paris le 23 octobre 1954, ainsi que par les autres Protocoles et Annexes qui font partie intégrante de ce document, ci-après désigné «le Traité»;

Considérant les décisions prises par les Hautes Parties Contractantes au Traité établissant l'Union européenne en ce qui concerne la mise en oeuvre d'une politique étrangère et de sécurité communes et la Déclaration relative à l'Union de l'Europe occidentale y incluse;

Affirmant que des consultations politiques, une collaboration technique ou industrielle, une coopération et une planification opérationnelle efficaces dans le cadre de missions à caractère humanitaire, d'activités de maintien de la paix et d'opérations de gestion des crises facilitent la réalisation des objectifs du Traité et de la Déclaration susmentionnée;

Considérant que les activités axées sur la réalisation de ces objectifs nécessitent l'échange d'informations et de matériels classifiés entre les Parties;

Conscientes de la nécessité d'une révision de la résolution relative à la sécurité de l'Union de l'Europe occidentale, adoptée par le Conseil de l'UEO dans le document C(90) 53, du 21 mai 1990;

Agissant en leur nom et au nom de l'Union de l'Europe Occidentale;

Sont convenues de ce qui suit:

Article 1

Les Parties:

- 1) veillent à la protection et à la sauvegarde des informations et des matériels classifiés des autres Parties;

Die Hohen Vertragschließenden Teile – im folgenden als „Vertragsparteien“ bezeichnet – des am 17. März 1948 in Brüssel unterzeichneten Vertrags über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit und über kollektive Selbstverteidigung in der durch das am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichnete Protokoll und die anderen Protokolle und Anlagen, die Bestandteile desselben sind, geänderten und ergänzten Fassung, im folgenden als „Vertrag“ bezeichnet –

in Anbetracht der von den Hohen Vertragsparteien des Vertrags über die Europäische Union gefaßten Beschlüsse betreffend die Verwirklichung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der diesbezüglichen Erklärung der Westeuropäischen Union,

in Bestätigung dessen, daß wirksame politische Konsultationen, technische und industrielle Zusammenarbeit, Kooperation und Einsatzplanung im Rahmen humanitärer und friedenserhaltender Aufgaben sowie Einsätze zur Bewältigung von Krisen dem Zweck dienen, die Ziele des Vertrags und der obengenannten Erklärung zu erreichen,

in der Erkenntnis, daß die Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele den Austausch geheimhaltungsbedürftiger Informationen und Unterlagen zwischen den Vertragsparteien erfordern,

in der Erkenntnis, daß die Entschließung über den Geheimchutz in der Westeuropäischen Union, die vom Rat der Westeuropäischen Union im WEU-Dokument C(90)53 vom 21. Mai 1990 angenommen wurde, einer Revision bedarf,

handelnd im eigenen Namen und im Namen der Westeuropäischen Union –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragsparteien

1. schützen und sichern die geheimhaltungsbedürftigen Informationen und Unterlagen der anderen Vertragsparteien;

- | | | |
|---|--|---|
| <p>2) maintain the security classification established by any Party with respect to information and material originating from that Party, and make every effort to safeguard such information and material accordingly;</p> <p>3) not use such information and material for purposes other than those laid down in the Treaty and the decisions and resolutions pertaining to that Treaty;</p> <p>4) not disclose such information and material to third Parties without the consent of the originator.</p> | <p>2) conservent la classification de sécurité établie par une Partie quelconque pour des informations et des matériels émanant d'elle et mettent tout en oeuvre pour assurer la protection de ces informations et de ces matériels en conséquence;</p> <p>3) s'abstiennent d'exploiter ces informations et ces matériels à des fins autres que celles prévues par le Traité ou les décisions et résolutions qui s'y rapportent;</p> <p>4) s'abstiennent de communiquer ces informations et ces matériels à des Parties tierces sans l'accord de l'autorité d'origine.</p> | <p>2. behalten den Geheimhaltungsgrad bei, den eine Vertragspartei von ihr ausgehenden Informationen und Unterlagen zugeordnet hat, und sind nach Kräften bemüht, diese Informationen und Unterlagen entsprechend zu sichern;</p> <p>3. verwenden diese Informationen und Unterlagen nur für die im Vertrag und in den den Vertrag betreffenden Beschlüssen und Entschlüssen niedergelegten Zwecke;</p> <p>4. geben diese Informationen und Unterlagen nicht ohne Zustimmung des Urhebers an Dritte weiter.</p> |
|---|--|---|

Article 2

Pursuant to Article 1 of this Agreement, a national security organization and programmes shall be established by the Parties, founded on agreed basic principles and minimum standards of security which shall be implemented in the security protection systems of the Parties to ensure that a common standard of protection is applied.

Article 2

En application de l'Article 1 du présent Accord, les Parties créent une organisation et des programmes nationaux de sécurité fondés sur les principes de base et les normes minimales agréées en la matière; ceux-ci doivent être mis en oeuvre dans le cadre des systèmes de protection nationaux, de sorte qu'une norme commune soit appliquée à cet égard.

Artikel 2

Nach Artikel 1 schaffen die Vertragsparteien eine nationale Sicherheitsorganisation sowie nationale Sicherheitsprogramme, die auf vereinbarten Sicherheitsgrundsätzen und -mindeststandards beruhen; diese werden im Rahmen der Geheimschutzsysteme der Vertragsparteien umgesetzt, um die Anwendung eines gemeinsamen Geheimhaltungsstandards sicherzustellen.

Article 3

1) The Parties shall ensure that all persons of their respective nationality who, in the conduct of their official duties, require or may have access to information or material classified CONFIDENTIAL or above are appropriately cleared before they take up their duties.

Article 3

1) Les Parties doivent s'assurer que tout ressortissant qui, dans l'accomplissement de ses fonctions officielles, aurait besoin d'accéder à des informations ou à des matériels classifiés CONFIDENTIEL ou au-dessus ou pourrait avoir accès à de telles informations, possède une habilitation de sécurité appropriée avant sa prise de fonctions.

Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien stellen sicher, daß alle ihre Staatsangehörigen, die in Ausübung ihrer amtlichen Tätigkeit Zugang zu als VS-VERTRAULICH oder höher eingestuft Informationen oder Unterlagen benötigen oder haben können, in angemessener Weise einer Sicherheitsüberprüfung unterzogen werden, bevor sie ihre Tätigkeit aufnehmen.

2) The security clearance procedures shall be designed to determine whether an individual can, taking into account his loyalty and trustworthiness, have access to classified information without constituting a risk to security.

2) La procédure d'habilitation doit avoir pour but de déterminer si une personne peut, compte tenu de sa loyauté et de sa fiabilité, avoir accès à des informations classifiées sans constituer un risque pour la sécurité.

(2) Die Verfahren der Sicherheitsüberprüfung dienen der Feststellung, ob eine Person unter Berücksichtigung ihrer Loyalität und Vertrauenswürdigkeit Zugang zu geheimhaltungsbedürftigen Informationen haben kann, ohne ein Sicherheitsrisiko darzustellen.

3) Upon request, the Parties shall provide mutual assistance with regard to the security clearance procedure.

3) Sur demande, les Parties se portent mutuellement assistance en ce qui concerne la procédure d'habilitation de sécurité.

(3) Auf Ersuchen leisten sich die Vertragsparteien gegenseitig Hilfe bei der Sicherheitsüberprüfung.

Article 4

Article 1 of this Agreement applies to classified information and material disclosed or made available by any Party to another Party or disclosed or made available by a Party to subsidiary bodies of the Council and vice-versa.

Article 4

L'Article 1 du présent Accord porte sur les informations et les matériels classifiés que l'une des Parties communique à une autre ou met à sa disposition ou communique à des organismes subsidiaires du Conseil ou met à leur disposition, et réciproquement.

Artikel 4

Artikel 1 gilt für geheimhaltungsbedürftige Informationen und Unterlagen, die eine Vertragspartei einer anderen Vertragspartei oder nachgeordneten Stellen des Rates übermittelt oder zur Verfügung stellt oder die nachgeordnete Stellen des Rates einer Vertragspartei übermitteln oder zur Verfügung stellen.

Article 5

The Secretary-General shall ensure that the relevant provisions of this Agreement are applied by the subsidiary bodies of the Council.

Article 5

Le Secrétaire général doit s'assurer que les dispositions du présent Accord qui les concernent sont appliquées par les organismes subsidiaires du Conseil.

Artikel 5

Der Generalsekretär stellt sicher, daß die einschlägigen Bestimmungen dieses Übereinkommens von den nachgeordneten Stellen des Rates angewendet werden.

Article 6

This Agreement shall not prevent the Parties from entering into bilateral agreements

Article 6

Le présent Accord n'empêche nullement les Parties de conclure des accords bilatéraux

Artikel 6

Dieses Übereinkommen hindert die Vertragsparteien nicht, zweiseitige Abkommen

for the same purpose. Existing bilateral agreements shall remain unaffected.

Article 7

This Agreement supersedes the resolution concerning security within Western European Union adopted by the Council of WEU in WEU Council document C(90) 53 of 21 May 1990.

Article 8

1) This Agreement shall be open for signature to the States Parties to the Treaty of Economic, Social and Cultural Collaboration and Collective Self-Defence, signed at Brussels on March 17, 1948, as modified and completed by the Protocol signed at Paris on October 23, 1954, and by the other Protocols and Annexes forming an integral part thereof.

2) The depositary of this Agreement shall be the Government of Belgium.

3) The States may express their consent to be bound by this Agreement by:

- a) signature without reservation as to ratification, acceptance or approval; or
- b) signature subject to ratification, acceptance or approval followed by ratification, acceptance or approval, or
- c) accession.

4) This Agreement shall enter into force thirty days after the date on which four States have either signed the Agreement without reservation as to ratification, acceptance or approval or deposited an instrument of ratification, acceptance, approval or accession.

5) In respect of any State depositing an instrument of ratification, acceptance or approval of this Agreement or of accession hereto after the conditions governing its entry into force have been satisfied, the ratification, acceptance, approval or accession shall come into effect thirty days after the date of deposit.

Article 9

1) After the entry into force, this Agreement shall be open to accession by States becoming a party to the Treaty of Economic, Social and Cultural Collaboration and Collective Self-Defence, signed at Brussels on March 17, 1948, as modified and completed by the Protocol signed at Paris on October 23, 1954, and by the other Protocols and Annexes forming an integral part thereof.

2) In respect of any acceding State, the Agreement shall enter into force thirty days after the date of the deposit of the instrument of accession with the depositary.

raux à des fins similaires. Il ne modifie en rien les dispositions des accords bilatéraux existants.

Article 7

Le présent Accord annule et remplace la résolution relative à la sécurité à l'Union de l'Europe Occidentale adoptée par le Conseil de l'UEO dans le cadre du document C(90) 53, du 21 mai 1990.

Article 8

1) Le présent Accord est ouvert à la signature des Etats parties au Traité de collaboration en matière économique, sociale et culturelle et de légitime défense collective, signé à Bruxelles le 17 mars 1948 puis modifié et complété par le Protocole signé à Paris le 23 octobre 1954, ainsi que par les autres Protocoles et Annexes qui forment une partie intégrante de ce document.

2) Le dépositaire du présent Accord sera le Gouvernement de la Belgique.

3) Les Etats peuvent exprimer leur consentement à être liés par le présent Accord par:

- a) signature sans réserve quant à la ratification, l'acceptation ou l'approbation, ou
- b) signature sous réserve de ratification, d'acceptation ou d'approbation, suivie de ratification, d'acceptation ou d'approbation, ou
- c) adhésion.

4) Le présent Accord entre en vigueur trente jours après la date à laquelle quatre Etats ont soit signé l'Accord sans réserve quant à la ratification, l'acceptation ou l'approbation, soit déposé un instrument de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion.

5) Pour un Etat qui dépose un instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation du présent Accord ou d'adhésion à celui-ci après que les conditions régissant son entrée en vigueur ont été remplies, la ratification, l'acceptation, l'approbation ou l'adhésion prend effet trente jours après la date du dépôt.

Article 9

1) Une fois en vigueur, le présent Accord sera ouvert à l'accession d'Etats devenant parties au Traité de collaboration en matière économique, sociale et culturelle et de légitime défense collective, signé à Bruxelles le 17 mars 1948 puis modifié et complété par le Protocole signé à Paris le 23 octobre 1954, ainsi que par les autres Protocoles et Annexes qui font partie intégrante de ce document.

2) Pour tout Etat y accédant, l'Accord entrera en vigueur trente jours après la date du dépôt de l'instrument d'accession auprès du dépositaire.

zu demselben Zweck zu schließen. Bestehende zweiseitige Abkommen bleiben unberührt.

Artikel 7

Dieses Übereinkommen ersetzt die Entschließung über den Geheimschutz in der Westeuropäischen Union, die vom Rat der WEU im WEU-Ratsdokument C(90)53 vom 21. Mai 1990 angenommen wurde.

Artikel 8

(1) Dieses Übereinkommen liegt für die Vertragsstaaten des am 17. März 1948 in Brüssel unterzeichneten Vertrags über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit und über kollektive Selbstverteidigung in der durch das am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichnete Protokoll und die anderen Protokolle und Anlagen, die Bestandteile desselben sind, geänderten und ergänzten Fassung zur Unterzeichnung auf.

(2) Verwahrer dieses Übereinkommens ist die Regierung von Belgien.

(3) Die Staaten können ihre Zustimmung, durch dieses Übereinkommen gebunden zu sein, ausdrücken,

- a) indem sie es ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen,
- b) indem sie es vorbehaltlich der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnen und später ratifizieren, annehmen oder genehmigen oder
- c) indem sie ihm beitreten.

(4) Dieses Übereinkommen tritt dreißig Tage nach dem Tag in Kraft, an dem vier Staaten es entweder ohne Vorbehalt der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung unterzeichnet oder eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde hinterlegt haben.

(5) Für jeden Staat, der eine Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde zu diesem Übereinkommen hinterlegt, nachdem die Bedingungen für dessen Inkrafttreten erfüllt sind, wird die Ratifikation, die Annahme, die Genehmigung oder der Beitritt dreißig Tage nach dem Tag der Hinterlegung wirksam.

Artikel 9

(1) Nach seinem Inkrafttreten steht dieses Übereinkommen jedem Staat zum Beitritt offen, der Vertragspartei des am 17. März 1948 in Brüssel unterzeichneten Vertrags über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Zusammenarbeit und über kollektive Selbstverteidigung in der durch das am 23. Oktober 1954 in Paris unterzeichnete Protokoll und die anderen Protokolle und Anlagen, die Bestandteile desselben sind, geänderten und ergänzten Fassung wird.

(2) Für jeden beitretenden Staat tritt dieses Übereinkommen dreißig Tage nach dem Tag der Hinterlegung der Beitrittsurkunde beim Verwahrer in Kraft.

Article 10

This Agreement may be denounced by any Party by written notice of denunciation given to the depositary which shall inform all other Parties of such notice. Such denunciation shall take effect one year after receipt of notification by the depositary, but shall not affect obligations already contracted and the rights or prerogatives previously acquired by the Parties under the provisions of this Agreement.

In witness whereof the undersigned, duly authorized thereto by their respective Governments, have signed this Agreement.

Done at Brussels, this 28th day of March 1995, in a single copy in the English and French languages, each text being equally authoritative, which shall be deposited in the archives of the Belgian Government and of which certified copies shall be transmitted by that Government to each of the other signatories.

Article 10

Le présent Accord pourra être dénoncé par chaque Partie au moyen d'une notification écrite de dénonciation adressée au dépositaire qui informera toutes les autres Parties de cette notification. La dénonciation prendra effet un an après réception de sa notification par le dépositaire. Toutefois, elle n'affectera pas les obligations contractées et les droits ou facultés acquis antérieurement par les Parties en vertu des dispositions du présent Accord.

En foi de quoi les Représentants ci-dessous, dûment autorisés par leurs Gouvernements respectifs, ont signé le présent Accord.

Fait à Bruxelles, le 28 mars 1995, en un seul exemplaire, en langues anglaise et française, chaque texte faisant également foi, qui sera versé aux archives du Gouvernement Belge, qui en transmettra des copies certifiées conformes à chacun des autres signataires.

Artikel 10

Dieses Übereinkommen kann von jeder Vertragspartei durch schriftliche Kündigungsanzeige an den Verwahrer, der alle anderen Vertragsparteien von dieser Anzeige in Kenntnis setzt, gekündigt werden. Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation beim Verwahrer wirksam, berührt jedoch nicht die von den Vertragsparteien aufgrund des Übereinkommens bereits eingegangenen Verpflichtungen und erworbenen Rechte oder Vorrechte.

Zu Urkund dessen haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Brüssel am 28. März 1995 in einer Urschrift in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist; sie wird im Archiv der belgischen Regierung hinterlegt; diese übermittelt jedem der anderen Unterzeichner beglaubigte Abschriften.

Denkschrift zu dem Geheimschutzübereinkommen der WEU

A. Allgemeines

Die der Westeuropäischen Union (WEU) nach dem Vertrag über die Europäische Union und der anlässlich des Vertragsschlusses abgegebenen Erklärung zur Rolle der WEU und zu ihren Beziehungen zur Europäischen Union und zur Atlantischen Allianz übertragenen Aufgaben beinhalten, daß Maßnahmen zur Erreichung der gesteckten Ziele den Austausch geheimhaltungsbedürftiger Informationen und Unterlagen zwischen den Vertragsparteien und den Organen und Einrichtungen der WEU erfordern.

Der Austausch geheimhaltungsbedürftiger Informationen (Verschlusssachen) setzt voraus, daß dies auf der Basis einheitlicher Grundsätze und Mindestmaßstäbe der Sicherheit geschieht, zu deren Einhaltung sich die Vertragsstaaten verpflichten, so daß jeder Vertragsstaat darauf vertrauen kann, daß seine die WEU betreffenden Geheimnisse auch innerhalb der Organisation als Ganzes wirksam geschützt werden. Die Bundesregierung wie auch ihre WEU-Partnerstaaten haben großes Interesse an der völkerrechtlich verbindlichen Festschreibung der Geheimschutzverpflichtungen.

Das Übereinkommen beinhaltet darüber hinaus die Verpflichtung der Vertragsstaaten, alle ihre Staatsangehörigen einer Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen, die in Ausübung ihrer dienstlichen Tätigkeit Zugang zu Verschlusssachen des Geheimhaltungsgrades VS-VERTRAULICH und höher benötigen. Dies schließt auch die Pflicht der Bundesrepublik Deutschland ein, Beschäftigte deutscher Nationalität bei WEU-Organen und -Einrichtungen, die Zugang zu WEU-Informationen WEU CONFIDENTIAL und höher erhalten sollen, auf Antrag des WEU-Organs einer entsprechenden Sicherheitsüberprüfung zu unterziehen. Sicherheitsüberprüfungen stellen ihrer Natur nach einen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung dar. Rechtsstaatliche Grundsätze gebieten es daher, auch diese völkerrechtliche Verpflichtung durch Vertragsgesetz in innerstaatliches Recht umzusetzen.

Neben der Bundesrepublik Deutschland haben sieben weitere Vertragsstaaten erklärt, daß sie verpflichtet seien, das WEU-Geheimschutzübereinkommen nach ihren verfassungsrechtlichen Grundsätzen mit Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften in innerstaatliches Recht umzusetzen.

B. Besonderes

Artikel 1 und 4 legen die grundsätzlichen Verpflichtungen der Unterzeichnerstaaten und der WEU-Organen und -Einrichtungen zur Gewährleistung des Schutzes ausgetauschter Verschlusssachen fest.

Artikel 2 verpflichtet die Vertragsstaaten, eine Nationale Sicherheitsorganisation zu schaffen sowie Nationale Sicherheitsprogramme zu erstellen.

Der Nationalen Sicherheitsorganisation obliegen Sammlung und Erfassung von Erkenntnissen über Spionage, Sabotage, Terrorismus und sonstige umstürzlerische Bestrebungen sowie Unterrichtung und Beratung ihrer Regierung über Sicherheitsgefährdungen und Mittel zu deren Abwehr. Dies entspricht für die Bundesrepublik Deutschland den Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden nach § 3 Bundesverfassungsschutzgesetz und des MAD-Amtes nach § 1 MAD-Gesetz. Bereits durch Beschluß des Bundeskabinetts vom 20. September 1956 wurde dem Bundesamt für Verfassungsschutz auf Bundesebene die Funktion der Nationalen Sicherheitsorganisation im Sinne der (Vorläufer-) Sicherheitsbestimmungen der NATO und der WEU übertragen.

Die von den Vertragsstaaten zu erstellenden Nationalen Sicherheitsprogramme stellen sich für die Bundesrepublik Deutschland im wesentlichen im Sicherheitsüberprüfungsgesetz und in der VS-Anweisung sowie in der Bestimmung des Bundesministeriums des Innern als Nationale Sicherheitsbehörde dar.

Artikel 3 behandelt die bereits unter „A. Allgemeines“ dargestellte Pflicht der Vertragsparteien zur Durchführung einer Sicherheitsüberprüfung vor Zugang eines ihrer Staatsangehörigen zu Verschlusssachen des Geheimhaltungsgrades VS-VERTRAULICH und höher. Die darüber hinaus aufgezeigte Zielrichtung der Sicherheitsüberprüfung entspricht dem deutschen Sicherheitsüberprüfungsgesetz.

Artikel 5 verpflichtet den Generalsekretär der WEU sicherzustellen, daß die einschlägigen Bestimmungen des Übereinkommens von den WEU-Organen und -Einrichtungen angewendet werden.

Artikel 6 erkennt die Notwendigkeit an, daß die Vertragsstaaten auch zweiseitige Geheimschutzabkommen zum Schutz auszutauschender nationaler Verschlusssachen schließen können.

Artikel 7 stellt heraus, daß das jetzige Geheimschutzübereinkommen der WEU die frühere Entschließung des Rates der WEU vom 21. Mai 1990 ersetzt, die den heutigen Erfordernissen nicht mehr entspricht.

Artikel 8 und 9 enthalten die üblichen völkerrechtlichen Regelungen über Unterzeichnung und Inkrafttreten des Übereinkommens, Eintritt der Bindungswirkung für die einzelnen Vertragsparteien sowie den späteren Beitritt weiterer Staaten.

Artikel 10 enthält die übliche Kündigungsregelung.

Anlage 2**Stellungnahme des Bundesrates**

Der Bundesrat hat in seiner 696. Sitzung am 3. Mai 1996 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, im Ratifizierungsverfahren zu dem Geheimschutzübereinkommen der WEU vom 28. März 1995 durch eine Protokollerklärung klarzustellen, daß Artikel 2 des Geheimschutzübereinkommens nicht dahin gehend zu verstehen ist, daß von der WEU-Ebene unmittelbar Einfluß auf die nationalen Aufgaben des Verfassungsschutzes der Länder ausgeübt werden kann.

Begründung

Die in Artikel 2 des Übereinkommens gewählte Formulierung ist ungenau und könnte beinhalten, daß die Vertrags-

staaten der WEU unmittelbar Einfluß auf die nationalen Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder nehmen könnten, indem in die dort angesprochenen Sicherheitsgrundsätze und -mindeststandards Aufgaben und Ziele übernommen würden, die in den Verfassungsschutzgesetzen des Bundes und der Länder nicht normiert sind. Dies würde den Interessen der Länder entgegenstehen, die in eigener Kompetenz ihre Aufgaben festlegen. Ein internationales Übereinkommen, das der Festlegung von Sicherheitsstandards dient, darf nicht die von den nationalen Sicherheitsbehörden wahrzunehmenden Aufgaben regeln.

Davon unberührt ist der Umgang mit VS-Sachen der WEU.

Anlage 3**Gegenäußerung der Bundesregierung**

Die Bundesregierung teilt nicht die Besorgnis des Bundesrates, durch das WEU-Geheimschutzübereinkommen könnte Einfluß auf die nationalen Aufgaben des Verfassungsschutzes der Länder ausgeübt werden. Gleichwohl ist die Bundesregierung bereit, der Forderung des Bundesrates zu entsprechen und anläßlich der Überreichung der Ratifikationsurkunde folgende Protokollerklärung abzugeben:

„Die Bundesrepublik Deutschland möchte diese Gelegenheit zum Anlaß nehmen zum Ausdruck zu bringen, daß sie die in Artikel 2 des Geheimschutzübereinkommens der

WEU vom 28. März 1995 enthaltenen Verpflichtungen dahin gehend versteht, daß diese ausschließlich darauf gerichtet sind, den Schutz von Verschlusssachen der WEU in den WEU-Vertragsstaaten zu gewährleisten. Die Bestimmungen des Artikels 2 bilden aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland keine völkerrechtliche Grundlage für eine Einflußnahme der WEU auf die in der Bundesrepublik Deutschland gesetzlich geregelten Aufgaben der Verfassungsschutzbehörden der Länder der Bundesrepublik Deutschland.“